



Appell an den Bundesrat und das Parlament

31. Mai 2020

Wann, wenn nicht jetzt? Frauen* zählen!

Die Corona-Krise stellt uns alle vor ungeahnte Herausforderungen: Gesellschaftlich, wirtschaftlich, sozial. Auch wenn die schlimmsten Befürchtungen nicht eingetroffen sind, wird uns das Virus noch lange beschäftigen. Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir die akuten Folgen der Krise bewältigen können. Wir müssen uns aber auch mit der Frage auseinandersetzen, welche Lehren wir aus der aktuellen Situation ziehen können.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen dieses Briefes, vertreten Millionen Frauen* in der ganzen Schweiz. Wir wenden uns mit einem dringenden Appell an den Bundesrat und das Parlament: **Die Frauen* reden mit ihren Forderungen bei der Bewältigung dieser Krise mit.**

Wir richten uns deshalb mit den folgenden Forderungen an den Bundesrat und das Parlament:

1. Wir bestimmen mit am Verhandlungstisch!

Die Corona-Krise zeigt viele geschlechterspezifische Probleme unserer Gesellschaft exemplarisch auf. Die Frauen sind die sozialen Airbags der Gesellschaft. Dieser Perspektive wird jedoch weder in der Analyse noch in den Massnahmen genügend Rechnung getragen. Das liegt unter anderem daran, dass Frauen* dort untervertreten sind, wo die Entscheide getroffen werden. Darum muss diese Verteilung jetzt geändert werden. Nur so kommen alle Perspektiven und Anliegen zu Wort.

2. Massnahmen zum wirtschaftlichen Aufschwung müssen die reale Lebenssituation aller Frauen* in der Schweiz berücksichtigen.

Wir Frauen* sind eine treibende Kraft in der Wirtschaft. Wir leisten bezahlte und unbezahlte Arbeit, wir sind aber auch Konsumentinnen*. Der Bundesrat und das Parlament stehen in der Verantwortung, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise für alle abzumildern. Er muss deshalb die spezifische Situation der Frauen* mit ihrem bezahlten und unbezahlten Einsatz für Familie und Gesellschaft berücksichtigen. Voraussetzung dafür ist konsequentes Gender Budgeting und die Umsetzung der Lohngleichheit auf allen politischen Ebenen. Gender Budgeting ist die konsequente Analyse aller öffentlichen Ausgaben hinsichtlich ihrer geschlechterspezifischen Wirkung. Das staatswirtschaftliche Handeln muss daraus abgeleitet werden.



3. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss erreicht werden.

Corona hat gezeigt: Ohne flächendeckende familienergänzende Betreuung und/oder Grosseltern funktioniert es nicht. Denn Kinderbetreuung läuft nicht nebenher, sie braucht Zeit und Energie und ist ein Vollzeitjob. Frauen* leisten pro Jahr eine Milliarde Stunden unbezahlte Kinderbetreuung in der Familie. Das ist mehr Arbeit als alle Bauarbeiter zusammen leisten. Dazu kommt noch die Betreuung von weiteren Angehörigen (betagte Eltern etc.). Wenn wir für den Wiederaufbau der Schweizer Wirtschaft alle aktiven Frauen* und Männer* einsetzen wollen, um den Fachkräftemangel zu minimieren und den Neuanfang zu schaffen, dann braucht es parallel dazu eine professionelle, staatlich finanzierte Betreuungsoffensive. Bundesrat und Parlament sind dringend dazu aufgefordert, mit der seit langem geforderten, dringend notwendigen Etablierung einer zeitgemässen Familienpolitik zu beginnen, um eine bessere Vereinbarkeit von Beruf- und Privatleben zu gewährleisten.

4. Die Arbeitsbedingungen in den systemrelevanten Berufen müssen verbessert werden.

Wir hätten die akute Phase der Krise ohne die immense Arbeit von Menschen in den sogenannten systemrelevanten Berufen nicht überstanden. In vielen dieser Branchen sind Frauen* stark übervertreten. So sind beispielsweise rund 86% aller Pflegefachpersonen, 92% aller Kinderbetreuer*innen und zwei Drittel aller Detailhandelsangestellten Frauen*. Gleichzeitig sind genau hier die Arbeitsbedingungen miserabel und die Löhne viel zu tief. Für die Frauen*, die diesen systemrelevanten Arbeitseinsatz leisten, reicht das «Klatschen» schon lange nicht mehr, sie fordern unmissverständlich konkrete Verbesserungen. In diesem Sektor besteht ganz klar grosser Handlungsbedarf.

5. Gewalt gegen Frauen* ist eine Krise mit epidemischem Ausmass – auch vor und ohne Corona.

Jede zweite Frau* in der Schweiz gibt an, in ihrem Leben einmal Opfer von sexualisierter Gewalt geworden zu sein. Durchschnittlich stirbt alle zwei Wochen eine Frau* durch ihren Partner oder Ex-Partner. Seit langem weisen Opferhilfestellen, Frauen*häuser und Frauen*organisationen darauf hin, dass es immer noch viel Handlungsbedarf in diesem Bereich gibt. Die Schweiz hat 2017 die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt) ratifiziert. Darin ist klar festgehalten (Artikel 1, Abs.1 Buchstabe c und d), dass die wir ein Anrecht auf eine nationale, ausreichend finanzierte Koordination und Strategie gegen Gewalt an Frauen* haben. Und zwar zum Schutz und zur Unterstützung aller gewaltbetroffenen Frauen* und Mädchen*, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, Alter, Behinderung, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Es braucht unter anderem ausreichend finanzierte Plätze in Frauen*häusern und Schutzunterkünften in allen Kantonen, die volle Kostenabdeckung der Folgekosten durch Versicherungen, eine 24 Stunden-Beratung für Opfer, systematische Präventionskampagnen in der ganzen Schweiz und Weiterbildungsangebote für jegliche relevante Berufsgruppen.



6. Es braucht spezifische Unterstützung für Migrantinnen*, denn sie tragen die Kosten der Krise doppelt stark.

Viele Migrantinnen* arbeiten in schlecht bezahlten Verhältnissen: Als Haushälterinnen* in Privathaushalten, als Putzkräfte, in der Gastronomie, in der Pflege, als Verkäuferinnen* und in der Kinderbetreuung. Migrantinnen* sind also häufig in Branchen tätig, die besonders stark von der Corona-Krise betroffen sind und in denen die Arbeitsverhältnisse mit Schwarzarbeit, Temporär- und Stundenlohnstellen etc. prekär sind. Je unsicherer ihr Aufenthaltsstatus, desto stärker tragen sie die Kosten der Krise. Sans-Papiers-Frauen* haben keinerlei soziale Absicherung, viele andere Migrantinnen* getrauen sich nicht, Sozialhilfe zu beziehen, aus Angst ihren Aufenthalt zu gefährden oder die Chancen auf einen sicheren Aufenthaltsstatus zu riskieren. Dies kann migrantische Frauen* und deren Familien in existenzielle Not bringen. Wir fordern Massnahmen, damit diese Frauen* unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus Zugang zu den nötigen Unterstützungsleistungen bekommen. Zusätzlich fordern wir Massnahmen, damit die soziale Sicherheit aller migrantischen Frauen* längerfristig besser gewährleistet ist.

7. Die Finanzierung der Krise darf nicht auf dem Rücken der Frauen* geschehen.

Abbaurunden im Care- und Sorgebereich, also im Gesundheitswesen, im Pflegebereich, in der Bildung und in der Kinder- und Altenbetreuung etc. treffen Frauen* doppelt. Einerseits sind Frauen* in genau diesen Branchen proportional übervertreten und sind deshalb besonders betroffen, wenn sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Andererseits führt der Abbau von bezahlbaren Dienstleistungen im Care-Sektor dazu, dass Frauen* und im speziellen Migrantinnen* diese Arbeit schlecht oder sogar unbezahlt übernehmen müssen: Wenn zum Beispiel die Spitex die Betreuung von betagten Familienangehörigen nicht mehr oder weniger unterstützt, müssen häufig weibliche Verwandte einspringen. Diese Dynamik akzentuiert das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und führt dazu, dass Frauen* ihr bezahltes Arbeitspensum reduzieren müssen, um die sozial relevante unbezahlte Arbeit im System Familie zu übernehmen. Diese familiäre Dynamik hat langfristige negative Auswirkungen für die Stellung der Frauen* auf dem Arbeitsmarkt und massive Einbussen in ihren Altersrenten zur Folge. Das muss jetzt aufhören!

Mit freundlichen Grüßen

- Aktivistin.ch
- Alliance f
- Avenir Social
- BPW Business & Professional Women
- cfd - die feministische Friedensorganisation
- Coordinamento donne della sinistra
- DAO Dachorganisation der Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein
- Evangelische Frauen Schweiz
- EKdM - Eid. Kommission dini Mueter





- FAFT (Federazione Associazioni Femminili Ticino) Plus
- fem! Feministische Fakultät
- FIZ
- Frauenrechte beider Basel
- Frauenstammtisch Schaffhausen
- Frauen*streik Kollektiv Aargau
- Frauen*streik Kollektiv Bern
- Frauen*streik Kollektiv Luzern
- Frauenstreik Kollektiv Solothurn
- Frauen*streik Kollektiv St.Gallen
- Frauen*streik Kollektiv Thun / Berner Oberland
- Frauen*streik Kollektiv Winterthur
- Frauen*streik Kollektiv Zug
- Frauen*streik Kollektiv Zürich
- Frauennetz Kanton Schwyz
- Frauen*streik Koordination Deutschschweiz
- Frauenzentrale Appenzell Ausserrhoden
- Frauenzentrale Aargau
- Frauenzentrale Bern
- Frauenzentrale Glarus
- Frauenzentrale St.Gallen
- Frauenzentrale Thurgau
- Frauenzentrale Zug
- Frauenzentrale Zürich
- Frauenhaus St.Gallen
- Friedens Frauen Weltweit / Peace Women Across the Globe (PWAG)
- GRÜNE Schweiz + Grüne Frauen*
- IG Frau und Museum
- IG Frauen Biel Seeland Solothurn Olten
- Io lotto ogni giorno - Ticino
- Juristinnen Schweiz
- Nateil14giugno.ch
- NGO-Netzwerk Istanbul Konvention
- NGO-Koordination post Beijing
- Plan International Schweiz/Switzerland
- Schweizerischer Verband für Frauenrechte SVF-ADF Suisse
- Sexuelle Gesundheit Schweiz
- SEV Frauenkommission
- SGB Frauenkommission
- SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund
- SP Frauen* Schweiz



SKF Schweizerischer Katholischer Frauenbund

- SP Schweiz
- Stiftung gegen Gewalt an Frauen und Kindern
- Syndicom IG Frauen
- Terre des femmes Schweiz
- UNIA Frauen
- Verein CH2021
- Verein fem*so
- Verein FRI Schweizerisches Institut für feministische Rechtswissenschaft und Gender Law
- Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
- WIDE
- VPOD
- WyberNet

